

Kernforderungen von Gesamtmetall zur Europawahl 2024



GESAMTMETALL

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Der Europäische Binnenmarkt ist der Heimatmarkt der deutschen Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie). 2022 exportierten die M+E-Unternehmen Waren im Wert von 441 Milliarden Euro in andere EU-Länder, was 53 Prozent ihrer gesamten Exporte ausmachte. Die deutsche M+E-Industrie steht deshalb fest zum EU-Binnenmarkt und zur Idee der europäischen Einigung – selbst wenn aus Brüssel gerade in den letzten Jahren eher büro-

kratische Belastungen als Erleichterungen für die Unternehmen kamen. Forderungen nach einer Abschaffung der Europäischen Union erteilen die Arbeitgeber der Metall- und Elektro-Industrie eine klare Absage.

Für die im Juni 2024 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament hat Gesamtmetall folgende drei Kernforderungen:

1. EU-Binnenmarkt weiter vertiefen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken!

Der EU-Binnenmarkt feierte 2023 seinen 30. Geburtstag. Nichts macht die EU für die Bürgerinnen und Bürger greifbarer als die vier Grundfreiheiten des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Gerade die exportorientierte M+E-Industrie profitiert wirtschaftlich stark von den Errungenschaften des Binnenmarktes und trägt damit erheblich zum Wohlstand in Deutschland bei. Jedoch sieht Gesamtmetall bei den vier Grundpfeilern des Binnenmarkts eine Schiefelage: Während der Binnenmarkt in einigen Bereichen erfreulicherweise immer weiter integriert wird, gibt es bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit eher Rück- als Fortschritte.

Die **Erbringung von Dienstleistungen im Ausland** wurde durch die Durchsetzungs-Richtlinie 2014/67/EU und die überarbeitete Entsende-Richtlinie 2018/957/EU unnötig erschwert: Mittlerweile haben alle Mitgliedstaaten unterschiedliche Meldepflichten für Entsendungen erlassen und es kommen überall andere Regeln zum Tragen. Dieser Flickenteppich ist kaum mehr zu überblicken. Hinzu kommt die **„A1-Bescheinigung“** als mittlerweile prominentestes Negativbeispiel für EU-Bürokratie. Obwohl die A1-Bescheinigung auf eine europaweit einheitlich geltende Verordnung zurückgeht, handhaben die EU-Mitgliedstaaten das Erfordernis, wann eine solche Bescheinigung vorzulegen oder mitzuführen ist, völlig unterschiedlich. An einer Lösung des Problems wird seit Dezember 2016 gerungen, jedoch haben sich die EU-Institutionen scheinbar hoffnungslos in ihren Positionen verkeilt.

Daher setzt sich Gesamtmetall für folgende Initiativen ein:

- Die Verhandlungen zur **Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004** zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme müssen endlich mit einer **praxistauglichen Ausnahme zur A1-Beantragungspflicht für kurze Auslandseinsätze** abgeschlossen werden. Sollte das nicht funktionieren, muss die Kommission ihren Vorschlag von 2016 zurückziehen und einen neuen Anlauf starten – dann aber inklusive einer **neu zu schaffenden, praktikablen Regelung für vorübergehendes mobiles Arbeiten im EU-Ausland**, was seit der Covid-19 Pandemie in allen Mitgliedstaaten eine viel größere Bedeutung erhalten hat.
- Die Idee einer **„e-Declaration“**, die sämtliche nationalen Meldepflichten für Entsendungen in einer App übersichtlich zusammenführt, wird von Gesamtmetall begrüßt. Leider entpuppt sich der von der Kommission verfolgte Ansatz einer freiwilligen Unterstützung der App durch die Mitgliedstaaten als unnötige Verzögerung des gesamten Prozesses. Die Kommission sollte hierzu eine Verordnung vorschlagen, nach deren Vorbild z. B. auch die „Corona-App“ sehr kurzfristig und mit einer europaweit einheitlichen technischen Lösung eingeführt werden konnte. Es reicht nicht aus, dass Europa nur in Krisensituationen Handlungsfähigkeit zeigen kann!
- Darüber hinaus unterstützt Gesamtmetall die Idee einer **Europäischen Sozialversicherungsnummer**, die sich ähnlich wie die IBAN aus der nationalen Nummer herleitet, aber einen Echtzeitabruf von Informationen, z. B. durch Kontrollbehörden im Falle einer Entsendung, möglich macht.

2. Keine neuen Belastungen für die Wirtschaft und Bürokratie aktiv abbauen!

Gerade in den vergangenen Jahren sah sich die deutsche M+E-Industrie mit beispiellosen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert: Während einer bereits einsetzenden Rezession kam es zu einem dramatischen Wirtschaftseinbruch durch die Pandemie. Die dann einsetzende Erholung wurde durch den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine empfindlich geschwächt – bis heute ist das Vorkrisenniveau bei der M+E-Produktion nicht wieder erreicht worden. Die Mehrheit der M+E-Unternehmen rechnet aktuell mit einem anhaltenden Abschwung.

Der aus Brüssel vermittelte Eindruck des „Weiter so“ führt aktuell zu einem hohen Frustpotenzial bei den Unternehmen. Trotz der enormen Krisensituation arbeitet die Kommission ihr 2019 beschlossenes Arbeitsprogramm unbeirrt ab und schafft immer weitere bürokratische Belastungen für die Wirtschaft: sei es durch das Maßnahmenpaket des Green Deal, die Taxonomie-Verordnung, die neue Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie, die Entgelttransparenz-Richtlinie oder die völlig ausufernde Lieferketten-Richtlinie. Alle diese Legislativakte bringen erhebliche Belastungen und Befolgungskosten mit sich, dabei sind ihre kumulierten Effekte weder abzusehen, noch scheinen sie die Politik in Brüssel überhaupt zu interessieren.

Hinzu kommt, dass sich die politischen Handlungsebenen gerade in der Sozialpolitik immer mehr vermischen. Das deutsche Entgelttransparenz-Gesetz wird von der entsprechenden Richtlinie abgeändert, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von der Lieferketten-Richtlinie. Dies führt bei den Unternehmen immer wieder zu völlig unnötigen Umstellungsprozessen und damit zu zusätzlichen Belastungen. Die Klage Dänemarks am Europäischen Gerichtshof gegen die Europäische Kommission, dass diese mit der EU-Mindestlohn-Richtlinie die EU-Kompetenzen überschreitet, markiert den traurigen Höhepunkt der schleichenden Kompetenzerweiterung durch die EU in der EU-Sozialpolitik.

Daher setzt sich Gesamtmetall für folgende Initiativen ein:

- Die bereits im Mai 2023 vom französischen Präsidenten Macron für die nächste Amtszeit der Kommission geforderte **europäische Regulierungspause** („pause réglementaire européenne“) unterstützt Gesamtmetall mit Nachdruck!
- Das von der Kommission eingeführte **„One in, One out“-Prinzip** zeigt keine Wirkung und kommt bei den Unternehmen nicht an. Die Einhaltung des Prinzips muss daher von einem **unabhängigen Gremium nach Vorbild des deutschen Normenkontrollrates** überwacht und sichergestellt werden.
- Doch braucht es nicht nur einen Stopp neuer Belastung, sondern auch einen tatsächlichen **Abbau bestehender Belastungen**. Die Ankündigung der Kommission, EU-Berichtspflichten um 25 Prozent abzubauen, ist zu begrüßen. Allerdings muss auch hier ein **unabhängiges Kontrollgremium** die Umsetzung überwachen.
- Besonders die im Gesetzgebungsprozess befindliche **EU-Lieferketten-Richtlinie** ist ein wahres Bürokratiemonstrum. Sie stellt die gesamte europäische Wirtschaft unter den Generalverdacht der Menschenrechtsverletzung und überzieht sie mit völlig überzogenen Auflagen. Die Kommission sollte daher ihren aktuellen Vorschlag **zurückziehen** und anstelle dessen eine **Verordnung mit einem Negativisten-Ansatz** vorlegen. So könnten wirksam Menschenrechtsverletzungen vor Ort geahndet werden, ohne europäische Unternehmen mit extremen Berichts- und Kontrollpflichten für alle Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette zu überziehen.
- Gesamtmetall setzt sich für eine **europäische Debatte zur konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips** ein. Für eine klare Kompetenzzuweisung sollte das **Instrument der Subsidiaritätsrüge durch die nationalen Parlamente gestärkt** werden.

3. Den grassierenden Fachkräftemangel bekämpfen!

Der Fach- und Arbeitskräftemangel in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten ist eines der größten Probleme für die europäische Wirtschaft in den kommenden Jahren. Mehr als jedes dritte M+E-Unternehmen in Deutschland kann aufgrund fehlender Fachkräfte nicht so produzieren wie geplant. Obwohl der steigende Fach- und Arbeitskräftebedarf nicht systematisch und dauerhaft allein durch Erwerbsmigration gesichert werden kann, ist die Fachkräftezuwanderung insbesondere aus Drittstaaten eine wichtige Säule zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Leider ist die Attraktivität Deutschlands für ausländischen Fachkräfte durch überbordende Bürokratie, langwierige Visaverfahren, komplexe Behördenstrukturen in Bund und Ländern, zu hohe Gehaltsschwellen sowie die deutsche Sprache stark eingeschränkt. Hier muss durch klarere Strukturen, mehr Personal und v. a. eine flächendeckende Digitalisierung für eine deutliche Beschleunigung der Prozesse sowie eine Entlastung der Behörden gesorgt werden. Zudem wird dringend die Aufhebung des Zeitarbeitsverbots für Drittstaatenangehörige in Deutschland: Durch eine Vorprüfung der rechtlichen Bedingungen im Ausland, die Übernahme der Visabürokratie und gegebenenfalls der Vermittlung grundlegender Deutschkenntnisse könnten gerade kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung dieser Fachkräfte erheblich entlastet werden.

Daher setzt sich Gesamtmetall für folgende Initiativen ein:

- Die Überarbeitung der beiden **EU-Richtlinien zum Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen** muss schnell abgeschlossen und deren Inhalte umgesetzt werden. Vor allem die Revision der **Richtlinie zum einheitlichen Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis** kann den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bei der Einstellung von Drittstaatsangehörigen verringern.
- Die **Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen** muss vereinfacht und beschleunigt sowie deren Transparenz verbessert werden. Diverse aktuelle und geplante Initiativen der Europäischen Kommission arbeiten genau auf dieses Ziel hin. Bei der konkreten und hoffentlich ambitionierten Umsetzung der Empfehlungen kommt es auf die Bereitschaft der Mitgliedstaaten an, hierfür wird Gesamtmetall gegenüber der Bundesregierung werben.

IMPRESSUM

Gesamtmetall | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e. V.
Voßstraße 16
10117 Berlin

Ansprechpartner:
Stefan Solle
Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen und Leiter des Büros Brüssel
E-Mail: solle@gesamtmetall.de

www.gesamtmetall.de
www.facebook.com/MEArbeitgeber
www.twitter.com/MEArbeitgeber
www.instagram.com/mearbeitgeber

© Gesamtmetall, November 2023